

Elmar Wiesendahl

„Der Parteienstaat im Wandel der Staatlichkeit“

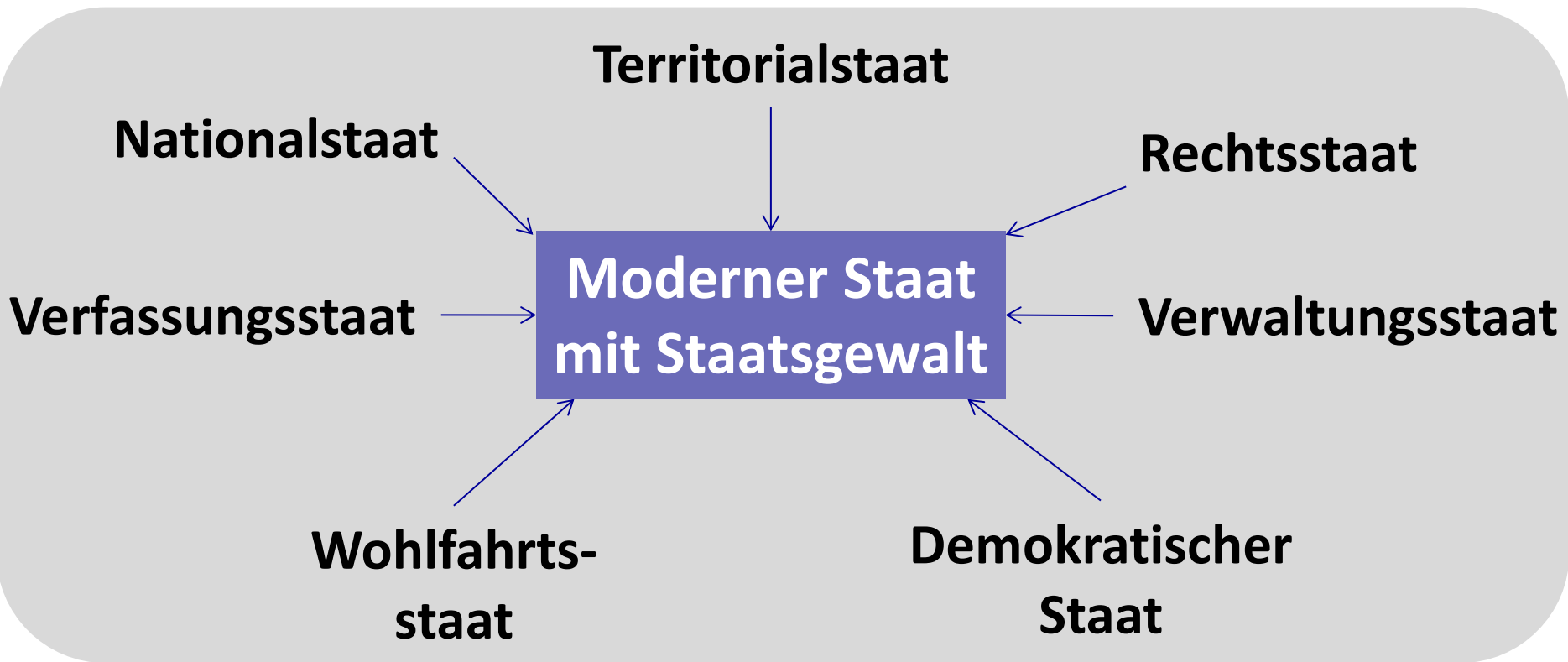
Jahrestagung des AK Parteienforschung an der
Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf

26./27 Oktober 2013

Gliederung

1. Moderner Staat und Parteienstaat
 - Ordnungsprinzipien moderner Staatlichkeit
 - Kennzeichen der Parteienstaatlichkeit
2. Der Parteienstaat im Sog gewandelter Staatlichkeit
 - Wandel der Staatlichkeit
 - Konsequenzen für den Parteienstaat

Institutionelle Ordnungsprinzipien des Modernen Staates



Komponenten der Parteienstaatlichkeit

Ausrichtung von parlamentarisch-gouvernementalen Entscheidungen an Zielen und politischen Gestaltungsvorstellungen der Parteien

Unterstellung und Infiltration der Öffentlichen Verwaltung

Exklusive Besetzung von Parlamentssitzen und Regierungspositionen

Strukturierung und Kontrolle des Ausgangs von Wahlen

Entfaltungsfaktoren des Parteienstaates in der Bundesrepublik

- Neutralisierung und Subordination der Staatsverwaltung
- Konstitutionelle Inkorporation der Parteien
- Einführung des Listenwahlrechts
- Langlebigkeit der Parteiregierungen
- Moderates, zentristisches, staatstragendes Parteienwettbewerbssystem
- Konsensdemokratisches Parteienstaatsverständnis

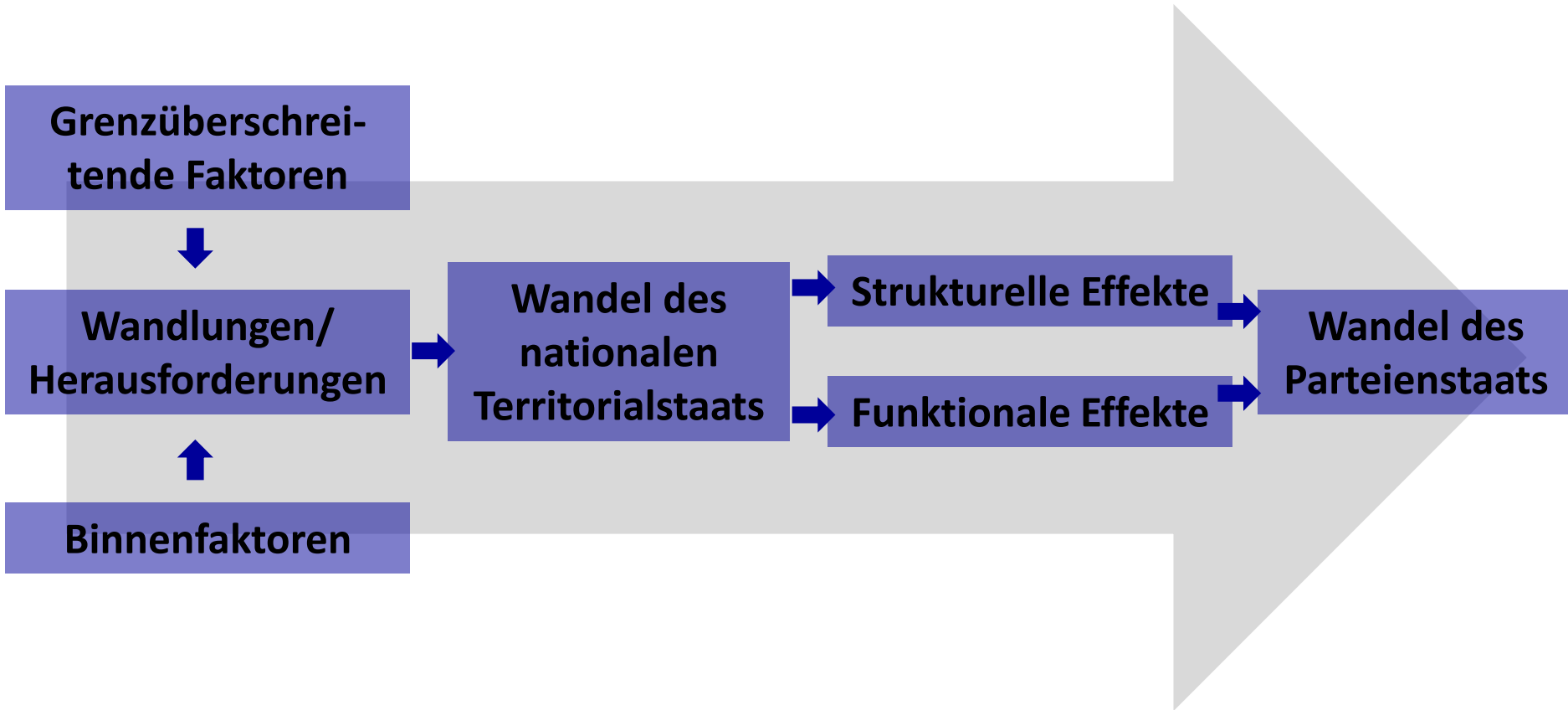
Einflussressourcen der Parteien/ Parteivertreter im staatlich verfassten Politikvertrieb

- Verfügen über ungeteilte demokratische Legitimation durch Wahlen
- Besitzen öffentlichen Amtsträger-Status
- Sind parlamentarische Gesetzgeber und Letztentscheider
- Entscheiden in eigener Sache
- Führen und kontrollieren die öffentliche Verwaltung

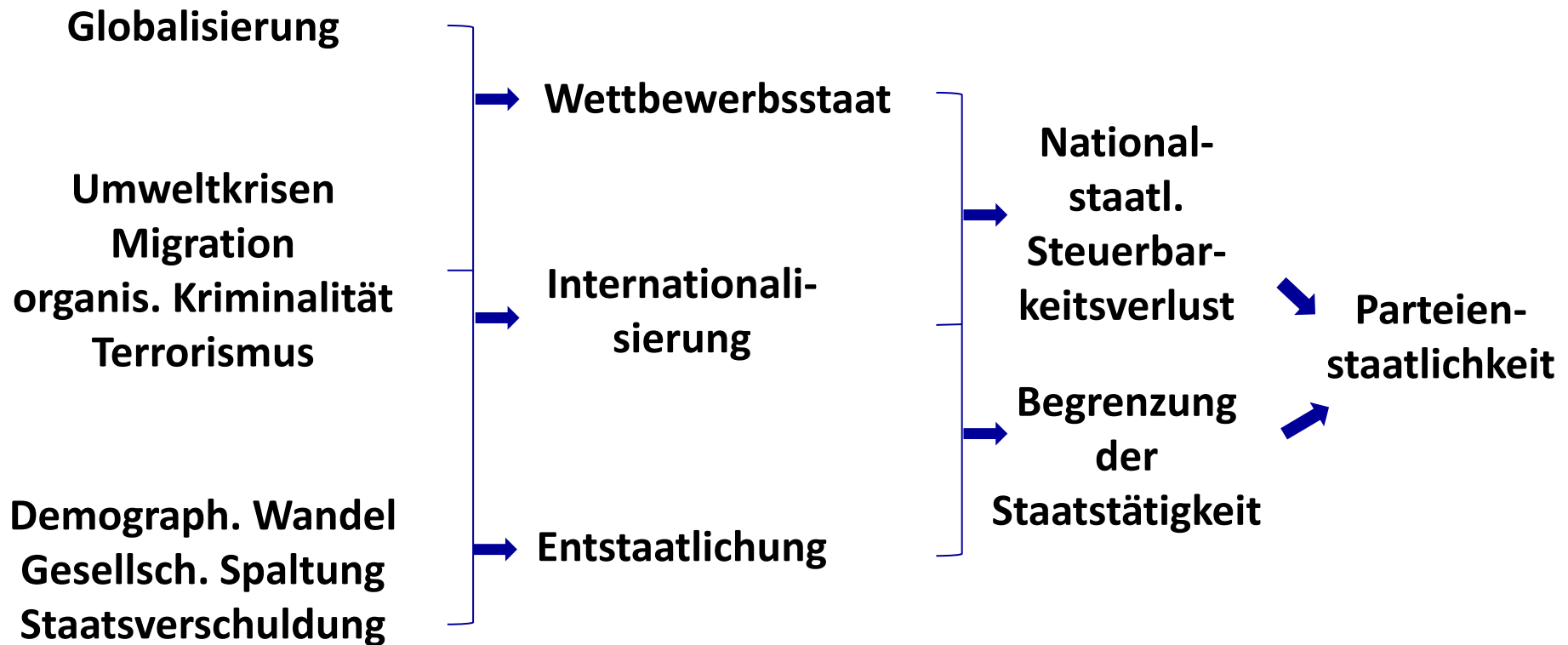
Einflussressourcen der Parteien/ Parteivertreter im staatlich verfassten Politikvertrieb

- Verfügen über staatliche Ressourcen für Patronage und Klientelpolitik
- Überspielen Mehrebenen-Settings durch „Cross-Linking“
- Werfen den „Schatten der Hierarchie“ und Wedeln mit der „Rute im Fenster“ (Scharpf)

Wandel der Parteienstaatlichkeit



Wandlungsdruck und staatliche Anpassungsreaktionen



Strukturelle parteienstaatliche Auswirkungen

- ungebrochenes parlamentarisch-gouvernementales Ämterbesetzungsmonopol
- Weder innerstaatliche Entmachtung noch Vertreibung der Parteien aus dem Staat
- Verlagerung der Parteienstaatlichkeit hin zur „governmentness“: Dominanz der Parteiregierung

Blondel/ Cotta: Beziehungsverhältnis zwischen Parteiregierung und unterstützender Partei im Parlament

	<p style="text-align: center;">Ausrichtung der Beziehung</p> <p>Abhängigkeit der Regierung Autonomie Abhängigkeit der Partei im Parlament</p>
<p>Beziehungsebenen</p> <p style="text-align: center;">Policy-Making</p> <p style="text-align: center;">Besetzung von Kabinetts- und Fraktionsposten</p> <p style="text-align: center;">Patronage</p>	

Funktionale parteienstaatliche Auswirkungen

- Scherenbildung zwischen Internationalisierung von Entscheidungen und national verankerter Verantwortlichkeit der Parteien
- Schlüsselrolle von Parteiregierungen in trans-/internationalen Governance-Institutionen
- Parteien sind (notgedrungen) Betreiber der Entstaatlichung und des Wettbewerbsstaats
- Parteiendemokratische Aushöhlung und Entzauberung des Parteienstaats